



Reith: Bildung und Flexibilität sind Schlüssel zur wirtschaftlichen Krisenresilienz

Enquete schließt letztes Handlungsfeld ab.

In der ersten Sitzung des neuen Jahres hat sich die Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ der politischen Aussprache des letzten Handlungsfelds „Ökonomische Aspekte von Krisen“ gewidmet. **Niko Reith**, FDP/DVP-Obmann der Kommission und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, betonte die Bedeutung der Wirtschaft in Bezug auf die Krisenresilienz und kommentierte die Aussprache wie folgt:

„Es ist wichtig, dass die Landesregierung die Bedeutung der Wirtschaft im Zusammenhang mit der Krisenvorsorge und –bekämpfung endlich erkennt, denn die Liste an Empfehlungen, die uns die Experten in den Anhörungen in das Hausaufgabenheft der Enquete für das letzte Handlungsfeld geschrieben haben, ist lang. In der Vergangenheit haben wir gesehen, dass unsere Unternehmen in Baden-Württemberg ein wichtiger Faktor der Krisenbewältigung waren. Deshalb müssen diese zukünftig in die Entwicklung von Maßnahmen zur Bewältigung von Krisen von Anfang an miteinbezogen werden. Gleichzeitig müssen aber auch die richtigen Rahmenbedingungen Seitens des Landes geschaffen werden, um die Unternehmen zu stärken und für zukünftige Herausforderungen zu rüsten. Das bedeutet: es bedarf u.a. einem Handlungsspielraum der Wirtschaft, um flexibel auf exogene Schocks zu reagieren und dem Abbau bürokratischer Hürden und unnötiger Regulatorik.“

Thomas Albiez, Hauptgeschäftsführer der IHK Baar-Heuberg und ständiges externes Mitglied in der Enquete-Kommission ergänzte: „Neben dem Bürokratieaufwand haben die angehörten Experten den Fachkräfte- bzw. Arbeitskräftemangel als bedeutendstes Hemmnis der Krisenresilienz genannt. Das ist wenig überraschend, denn Investitionen in die Bildung, berufliche Ausbildung und lebenslanges Lernen sind wichtig, um die Arbeitskräfte auf Veränderungen vorzubereiten und die Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen. Die Entwicklung und Bildung der Bevölkerung trägt somit maßgeblich zur Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft und damit zur wirtschaftlichen Resilienz unseres Landes bei. Das übergeordnete Ziel muss es sein, die Qualität der dualen Ausbildung – und somit die nachhaltige Sicherung von Fachkräften – beständig zu gewährleisten und einer Umkehr der sinkenden Nachfrage am Ausbildungsmarkt entgegenzuwirken.“